Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/4504

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 2. Juli 1969 am Donnerstag, dem 3. Juli 1969 am Freitag, dem 4. Juli 1969

Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

1. Abgeordneter **Dr. Enders**

Welche Entschädigung erhalten Anwohner unmittelbar an der Demarkationslinie für die durch Minendetonationen oder sonstige Ereignisse verursachten materiellen und körperlichen Schäden?

2. Abgeordneter **Dr. Enders**

Ist die Bundesregierung bereit, falls in diesen Fällen keine ausreichende Entschädigung gewährleistet ist, eine angemessene Regelung herbeizuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

3. Abgeordneter **Dröscher**

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit zur baldigen Veränderung der Vorschriften des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung in der Fassung vom 30. April 1963, nachdem es bei der Entwicklung der Verletztenrenten in den letzten Jahren eindeutig zu erheblicher Benachteiligung derjenigen Rentner gekommen ist, die sich haben abfinden lassen, weil z. B. bei einer Abfindung mit Wirkung vom 1. Januar 1964 mit einer Abfindungssumme von 10 800 DM bis zum Jahre 1973 errechenbar ein Rentenverlust von 7111,20 DM eintreten würde?

4. Abgeordneter **Zebisch**

Ist die Bundesregierung bereit, Mädchen und Frauen, die längere Zeit aus dem Erwerbsleben ausgeschieden waren, durch eine Förderung der stufenweisen betrieblichen Ausbildung den beruflichen Anschluß zu erleichtern?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

5. Abgeordneter **Kiep**

Aus welchem Grunde erhalten an Fernsprechvermittlungsplätzen beschäftigte Teilzeitkräfte im Gegensatz zu den vollen Betriebskräften für ihre überdurchschnittliche Beanspruchung weder Arbeitszeitverkürzung noch Bargeldabgeltung?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

6. Abgeordneter **Richter**

Wann ist mit dem schon seit längerer Zeit vorgesehenen Neubau des Postamtes in Wertheim zu rechnen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

7. Abgeordneter **Richter**

Welcher Umfang ist für das neue Postamt in Wertheim vorgesehen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

8. Abgeordneter **Weigl**

Muß in nächster Zeit mit der Einstellung der Lehrtätigkeit an weiteren Universitäten bzw. Hochschulen gerechnet werden?

Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

9. Abgeordneter **Dorn**

Treffen Meldungen zu, daß die VEBA-Hauptverwaltung aus Herne an einen anderen Ort in Nordrhein-Westfalen verlegt werden soll?

10. Abgeordneter **Dorn**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Stadt Bonn durch die seinerzeitige Verlegung der VEBA-Hauptverwaltung von Bonn nach Herne erhebliche finanzielle Ausfälle hat hinnehmen müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

11. Abgeordneter **Kiep**

Welche entwicklungspolitischen Gründe veranlassen den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, osteuropäischen Ländern wiederholt eine Zusammenarbeit in der Entwicklungshilfe anzubieten?

12. Abgeordneter **Kiep**	Wie interpretiert der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit seine Äußerung in einer Rede vom 26. Juni 1969, derzufolge Entwicklungshilfe-Konsortien, die Firmen aus west- und osteuropäischen Ländern umfassen, sich einem gesamteuropäischen Modell nähern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

13. Abgeordneter **Baier**	Wie beurteilt der Bundeswohnungsbauminister die Aussage des Karlsruher Bioklimatikers Prof. Dr. Hans Kritzinger über „Ungesundes Wohnen hinter Betonwänden", wonach die im Beton enthaltenen Metallgitter das in der Erdatmosphäre enthaltene elektrische Spannungsfeld zusammenbrechen ließen und als Folge Schwächen sämtlicher Organe und eine starke Krankheitsanfälligkeit des Menschen auftrete?
14. Abgeordneter **Baier**	Warum versucht die Bundesregierung, das Gemeinnützigkeitsrecht im Wohnungswesen in substantiellen Teilen auf dem Wege der Verordnung und nicht der Gesetzgebung zu ändern?
15. Abgeordneter **Baier**	Auf welchen, nach Inhalt, Zweck und Ausmaß klar umrissenen und mit dem Grundgesetz im Einklang stehenden Ermächtigungskompetenzen gründet der Verordnungsentwurf der Bundesregierung zur Änderung dieses Wohnungsgemeinnützigkeitsrechtes?
16. Abgeordneter **Geldner**	In welcher Höhe sind im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung für die nächsten Jahre Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus für alte Menschen veranschlagt?
17. Abgeordneter **Geldner**	Wie hoch sind die überschaubaren Anforderungen der Länder in diesem Zeitraum?
18. Abgeordneter **Ott**	Ist es noch mit den Grundsätzen der Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen vereinbar, wenn bei Veräußerung eines Eigenheimes aus dem Bestand eines Unternehmens drei Jahre nach der Bezugsfertigkeit ein unbeschränkter und imaginärer Wiederbeschaffungswert anstelle der Selbstkosten samt Bauzinsen und Abschreibung nach Bezugsfertigkeit sowie Rückstellungen und Rücklagen auf Grund eines Verordnungsentwurfs in der Bundesregierung von gemeinnützigen Unternehmen beansprucht werden darf?

19. Abgeordneter **Ott**

Beabsichtigt die Bundesregierung, durch Verordnung die Errichtung, den Erwerb, das Betreiben und Verpachten von Läden, Großläden und Einkaufszentren gemeinnützigen Wohnungsunternehmen im Rahmen der steuerlichen Privilegien des Gemeinnützigkeitsrechts in Verzerrung des Wettbewerbs mit dem steuerpflichtigen Einzelhandel und den Handelsunternehmen zu ermöglichen, und dies selbst dann, wenn diese Läden auch für die Versorgung von Abnehmern bestimmt sind, scheinbar jedoch „in erster Linie" für die Bewohner der von Wohnungsunternehmen verwalteten Wohnungen dienen sollen?

20. Abgeordneter **Dr. Czaja**

Stellt die Berufung des Bundeswohnungsbauministers, in einem Verordnungsentwurf zum Gemeinnützigkeitsrecht auf eine vor dem Inkrafttreten unseres Grundgesetzes an den Reichsarbeitsminister verliehene und später unter nationalsozialistischer Herrschaft mißbrauchte Ermächtigungskompetenz, bei grundlegenden Änderungen des Gemeinnützigkeitsrechts im Wohnungswesen sich einer „Verordnung" zu bedienen, nicht einen im Jahre 1969 politisch nicht mehr verständlichen Ausschluß des Parlamentes in politischen und Gesetzgebungsfragen durch eine Ermächtigungsvorschrift aus einer anderen Verfassungsordnung dar?

21. Abgeordneter **Weigl**

Ist es zutreffend, daß sich der Bund aus der Förderung der Instandsetzung und Modernisierung des Althausbesitzes zurückziehen will?

22. Abgeordneter **Opitz**

Welche Konsequenzen schlägt der Bundeswohnungsbauminister dem Deutschen Bundestag entsprechend seiner Auffassung vor, daß Quadratmeter-Mieten von 3,50 DM im öffentlich geförderten Wohnungsbau nicht mehr als sozial bezeichnet werden können?

23. Abgeordneter **Opitz**

Wie hoch sind die Durchschnitts- und Spitzenmieten im sozialen Wohnungsbau gegenwärtig?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

24. Abgeordneter **Hirsch**

Ist die Bundesregierung bereit, für Beamte, die infolge nationalsozialistischer Unrechtsmaßnahmen nachweisbar Schaden an Körper und Gesundheit im Sinne des § 28 des Bundesentschädigungsgesetzes erlitten haben und als Folge davon vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze dienstunfähig geworden und deshalb in den Ruhestand getreten sind bzw. künftig in den Ruhestand treten, im Entwurf

für ein Achtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes eine den §§ 181 a und 181 b des Bundesbeamtengesetzes entsprechende Regelung aufzunehmen und bis zum Inkrafttreten dieses Änderungsgesetzes die §§ 181 a und 181 b des Bundesbeamtengesetzes entsprechend anzuwenden?

25. Abgeordneter **Dr. Kliesing (Honnef)**

Wann ist mit dem Erlaß der Ausfuhrbestimmungen zum Katastrophenschutzgesetz zu rechnen?

26. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Welchen Stand haben die Bemühungen zur Errichtung eines besonderen Auswandererlagers für auswanderungswillige ausländische Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland?

27. Abgeordneter **Dorn**

Kann man aus dem Vorwurf des Leiters der Abteilung Zivilverteidigung im Bundesinnenministerium, Ministerialdirektor Thomsen, in der Frankfurter Rundschau vom 26. Juni 1969, „eine verantwortungsbewußte Bundesregierung hätte nach der Erhöhung des Verteidigungsetats auch die Mittel für den Bevölkerungsschutz aufstocken müssen", den Schluß ziehen, daß die Bundesregierung in dieser Frage verantwortungslos gehandelt hat?

28. Abgeordneter **Sänger**

Ist die Bundesregierung bereit, die von ihr dankenswerterweise bereits eingeleiteten vorbereitenden Arbeiten fortzusetzen, die der Errichtung einer gemeinsamen Altersversorgung aller Journalisten in Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk, Fernsehen und Pressestellen dienen sollen, um die für diesen Beruf staatspolitisch besonders notwendige soziale Sicherheit und damit die Gewißheit der Unabhängigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Journalisten und die Wirksamkeit einer freien Presse zu stärken?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

29. Abgeordneter **Rommerskirchen**

Wird die Bundesregierung veranlassen, daß — angesichts der nunmehr verbesserten Praxis im Entschädigungsverfahren für jugendliche Nationalgeschädigte nach dem BEG — die nach der früheren Spruchpraxis abschlägig beschiedenen Fälle von amtswegen wieder aufgenommen werden, in denen lediglich kriegswirtschaftliche Maßnahmen und nicht Menschenrechtsverletzungen aus nationalen Gründen als Ursachen der Zwangsverschleppung von Kindern und Jugendlichen slawischer Nationalität zur Arbeitsaufnahme anerkannt worden waren?

30. Abgeordneter **Dr. Czaja**

Warum werden Entschädigungsanträge von Angehörigen slawischer Nationen entgegen dem klaren Wortlaut von Artikel VI Nr. 1 Abs. 1 Satz 3 des BEG-Schlußgesetzes, wonach bei im Westen lebenden Personen von nichtdeutschem Volkstum vermutet werden muß, daß ein Verfolgungsschaden während der nationalsozialistischen Herrschaft aus Gründen der Nationalität zugefügt worden ist, immer wieder mit der Begründung abgelehnt, daß die Zwangsverschleppung aus allgemeinen kriegswirtschaftlichen Gründen erfolgte, ohne daß die besonders harten, auf nationale Verfolgung konzentrierten Maßnahmen gegen diese Personen in der Sache geprüft oder die vom Gesetz ausgesprochenen Vermutungen widerlegt werden?

31. Abgeordneter **Dr. Czaja**

Warum werden Entschädigungsanträge von Angehörigen slawischer Nationen im Verfahren nach dem BEG unter anderem mit Begründungen abgelehnt, die die damalige Verbringung in Konzentrationslager und zur Zwangsarbeit selbst wegen leichter Verstöße gegen menschenrechtswidrige Maßnahmen der Besatzungsmacht und auch bei Jugendlichen gerechtfertigt erscheinen lassen, z. B. aus Gründen der Sippenhaft (Verwandtschaft mit angeblichen Widerstandskämpfern als Verhaftungsgrund), wegen der Teilnahme am — menschenrechtswidrig verbotenen — höheren Schulunterricht, wegen Mitgliedschaft in legalen politischen Parteien vor der Besatzungszeit usw?

32. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Wird die Bundesregierung angesichts vieler Beschwerden ihre die Spruchpraxis des Bundesverwaltungsamts im Entschädigungsverfahren Nationalgeschädigter erheblich einschränkenden Richtlinien vom 8. Mai 1968 (Bundesanzeiger vom 18. Mai 1968) überprüfen, um der gesetzlichen Forderung des Artikels VI Nr. 1 Satz 3 des Bundesentschädigungsschlußgesetzes zu entsprechen, demzufolge bei schädigenden Maßnahmen gegen Nichtdeutsche nicht vorrangig auf kriegswirtschaftlich erlaubte Maßnahmen geschlossen werden kann, sondern zu vermuten ist, daß die unter Mißachtung der Menschenrechte getroffene Maßnahme eine Schädigung aus Gründen der Nationalität war?

33. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**

Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die — wie Eingaben von Verbänden und Kirchen nachweisen — uns außenpolitisch belastende Entschädigungspraxis für Nationalgeschädigte zu verbessern, nachdem von den 36 000 gestellten Anträgen Nationalgeschädigter bisher nicht einmal 10 Prozent positiv entschieden, viele tausend Anträge ohne Nachforderung von Beweismaterial als unbegrün-

det abgewiesen und von den behandelten nur 15 Prozent zugunsten der Antragsteller beschieden worden sind?

34. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**	Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß Bundesliga-Sportvereine elf Prozent Mehrwertsteuer, Vergnügungsstätten, in denen Striptease geboten wird, jedoch nur 5,5 Prozent zahlen müssen?
35. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Gemeinnützigkeitsklausel für die Sportvereine im Vergleich zu den steuerbegünstigten Striptease-Vorführungen bedeutungslos ist?
36. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**	Hat die Bundesregierung konkrete Pläne, wie die Steuerbelastungen für die Sportvereine — über die vom Finanzausschuß am 3. Juni 1969 festgesetzte Körperschaftsteuer-Obergrenze hinaus — günstiger und im sportfördernden Sinne geändert werden können?
37. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**	In welchem Umfange haben sich die seit Beginn des Jahres 1968 bis heute erlassenen Gesetze, insbesondere das Gesetz über Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung und das Gesetz über die Mitwirkung der Zollverwaltung bei der Erstattung der Visagebühren im Berlin-Verkehr und im Interzonenreiseverkehr auf die Personalsituation der Bundeszollverwaltung ausgewirkt?
38. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**	Trifft es, zu daß die durch EWG-Einfuhren besonders stark betroffenen Oberfinanzdirektionen Münster, Düsseldorf, Köln, Koblenz, Saarbrücken und Freiburg unter erheblichem Personalmangel leiden?
39. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**	Wie hoch ist der Personalfehlbestand bei den genannten Oberfinanzdirektionen?
40. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)**	Welche Überlegungen haben das Bundesfinanzministerium veranlaßt, in seiner im Bundeszollblatt 1967, Seite 735 ff. verkündeten Dienstanweisung zu §§ 8, 9, 116, 117, 218 und 223 b der Brennereiordnung vom 23. Juni 1967 anzuordnen, daß ein Antrag auf Übertragung von Abfindungsbrennereien abzulehnen sei, wenn es sich um „vertraglich (z. B. durch Pachtvertrag) vom Anwesen ausgegliederte Parzellen" handelt und solche Grundstücke also einen neuen Betrieb nicht bilden können?
41. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)**	Erscheint es nicht angebracht, die maßgeblichen brennereiwirtschaftlichen Gesichtspunkte so zu bestimmen, daß ein Bedürfnis zum Betrieb der zu übertragenden Brennerei als nachgewiesen gilt, wenn z. B. ein rechtlich selbständiger Grundstücksbesitz bei Verwertung

der Obsternten aus selbständig bewirtschafteten Anlagen eine eigene Obstabfindungsbrennerei rechtfertigt?

42. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Trifft es zu, daß nahezu täglich eine Tankstelle auf einen Blindenbetrieb umgestellt wird?

43. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Trifft es zu, daß das Bundesfinanzministerium die Oberfinanzdirektionen angewiesen hat, Anträgen von Blindenunternehmen im Tankstellengewerbe, die nach § 4 Nr. 19 a UStG 1967 nicht steuerfrei sind, auf Aussetzung der Vollziehung von Umsatzsteuervorauszahlungen stattzugeben?

44. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Steht eine derartige Anweisung nicht im Widerspruch zum Erlaß des Bundesfinanzministeriums vom 5. Februar 1969?

45. Abgeordneter **Stücklen**

Ist die Bundesregierung gewillt, bei der nächsten Novellierung des Umsatzsteuergesetzes Begünstigungen für Fußball-Bundesligavereine einzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

46. Abgeordnete **Frau Blohm**

Trifft es zu, daß ein Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministeriums versucht hat, den Vorstand der Stiftung Warentest zum Rücktritt zu bewegen?

47. Abgeordnete **Frau Blohm**

Wenn ja, was waren die Motive?

48. Abgeordnete **Frau Blohm**

Wie vereinbart sich dieses Vorgehen mit dem bei der Errichtung der Stiftung von der Stifterin ausdrücklich erklärten Willen zur völligen Unabhängigkeit der Stiftungsorgane?

49. Abgeordneter **Dr. Hammans**

Ist es unter Bezugnahme auf meine Fragen in der Fragestunde am 27. März 1969 inzwischen zu den gegenseitigen Berichterstattungen über die tatsächlichen Beihilfen für Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen durch die einzelnen EWG-Mitgliedstaaten gekommen?

50. Abgeordneter **Dr. Hammans**

Wann wird die Angelegenheit im Ministerrat behandelt?

51. Abgeordneter **Dr. Hammans**

Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, als ersten Schritt zur Harmonisierung der Beihilfenpraxis eine Subventionsbeschränkung der Höhe nach zu vereinbaren, damit das Überbieten der Mitgliedstaaten aufhört?

52. Abgeordneter **Raffert**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Haushalt der Filmförderungsanstalt für das Jahr 1969 nur 1800,70 DM als Zusatzbeträge für die Förderung von Prädikatsfilmen und anderen Filmen nach § 9 Abs. 1 des Filmförderungsgesetzes ausgewiesen werden konnten?

53. Abgeordneter **Raffert**

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dieser Tatsache, die dem Sinn des Filmförderungsgesetzes, „die Qualität des deutschen Films auf breiter Grundlage zu steigern" (§ 2 des Filmförderungsgesetzes), entgegensteht?

54. Abgeordneter **Dr. Meinecke**

Wieviel prädikatisierte Filme konnten bislang nicht aus Mitteln der Filmförderungsanstalt gefördert werden, weil sie die für diese Filme vorgesehene Einspielergebnisgrenze von 300 000 DM nicht erreicht haben?

55. Abgeordneter **Dr. Meinecke**

Welche Maßnahmen kann die Bundesregierung ergreifen oder vorschlagen, um möglichst sicherzustellen, daß Prädikatsfilme die Förderung nach dem Filmförderungsgesetz erhalten?

56. Abgeordneter **Ravens**

Hält die Bundesregierung das gegenwärtige Auslandsnetz der Exportunion der deutschen Filmindustrie e. V. (Wiesbaden) für ausreichend, um den deutschen Film im Ausland erfolgreich anbieten und angemessen repräsentieren zu können?

57. Abgeordneter **Ravens**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die Organisation und Finanzierung der Exportunion der deutschen Filmindustrie e. V. (Wiesbaden) zu verbessern?

58. Abgeordneter **Zebisch**

In welcher Weise wird die Bundesregierung die Hochkonjunktur zur Intensivierung der regionalen und sektoralen Strukturpolitik nutzen?

59. Abgeordneter **Seifriz**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß im Rahmen dieses Aktionsprogrammes der Unterweserraum ein Schwerpunktgebiet der industriellen Entwicklung sein muß?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

60. Abgeordneter **Seifriz**

Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß eine von den beteiligten Bundesländern und Landkreisen zu gründende „Entwicklungsgesellschaft Unterweser" einer beschleunigten und gezielten Erschließung und wirtschaftlichen Entwicklung des Unterweserraums dienlich sein würde und ist die Bundesregierung bereit, die Gründung und die Arbeit einer solchen Gesellschaft zu unterstützen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

61. Abgeordneter **Ravens**

Hat die Landesregierung Niedersachsen das seit längerem angekündigte Regionale Aktionsprogramm für Nordwest-Niedersachsen unter Einschluß des gesamten Regierungsbezirks Stade inzwischen dem Bundswirtschaftsminister vorgelegt?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

62. Abgeordneter **Dr. Kreutzmann**

Trifft es zu, daß eine wesentliche Erweiterung des Truppenübungsplatzes Schwarzenborn im Knüllgebiet beabsichtigt ist?

63. Abgeordneter **Dr. Kreutzmann**

Ist es der Bundesregierung bekannt, daß seitens der hessischen Landesregierung und der kommunalen Behörden des Knüllgebiets ein Knüllentwicklungsplan geschaffen wurde, in dessen Rahmen bereits erhebliche finanzielle Investitionen zum Ausbau des Knülls als Fremdenverkehrsgebiet vorgenommen wurden?

64. Abgeordneter **Dr. Kreutzmann**

Ist es der Bundesregierung bekannt, daß bei dem dünnen industriellen Besatz des Knüllgebietes der Fremdenverkehr eine entscheidende Grundlage der Existenz- und Lebenssicherung der dortigen Bevölkerung darstellt?

65. Abgeordnete **Frau Korspeter**

Trifft es zu, daß seit mehreren Jahren Eisenbahnmunitionstransporte auf dem Güterbahnhof in Celle vor der Weiterleitung zu den Truppenübungsplätzen mit offenbar ungenügender Sicherung und Bewachung in den Nachtstunden abgestellt werden?

66. Abgeordnete **Frau Korspeter**

Für den Fall, daß dieser Zustand den Tatsachen entspricht: Sieht die Bundesregierung nicht darin nach dem Explosionsunglück in Hannover eine Gefahr für die Bevölkerung?

67. Abgeordnete **Frau Korspeter**

Sieht die Bundesregierung eine bessere Möglichkeit der Überwachung bei notwendigen Wartezeiten, wenn sie über das Anschlußgleis des nahegelegenen Fliegerhorstes Celle-Wietzenbruch den Munitionszug abstellen und bewachen lassen würde?

68. Abgeordneter **Zoglmann**

Hält es die Bundesregierung für notwendig, daß Truppen eines befreundeten NATO-Partners derartige Manöverschäden auf landwirtschaftlich genutztem Grund und Boden verursachen, wie sie jüngst im Amt Windheim zu Lahde vorgekommen sind, obwohl sich in unmittelbarer Nähe ein Truppenübungsplatz der Bundeswehr befindet?

69. Abgeordneter **Zoglmann**	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um darauf hinzuwirken, daß in Zukunft solche Schäden verhindert werden können?
70. Abgeordneter **Zoglmann**	Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß Manöver in der Hauptwachstumszeit abgehalten werden anstatt im Herbst?
71. Abgeordneter **Dröscher**	Trifft es zu, daß die ursprünglich geplante Erneuerung des Rollfeldes beim Flugplatz Pferdsfeld wegen Unklarheiten über den notwendigen Unterbau in diesem Jahr nicht durchgeführt werden kann und man sich mit Ausbesserungsarbeiten begnügt und deshalb die in diesem Jahr aufgewandten erheblichen Nebenkosten für die monatelange Verlegung von Kampfeinheiten im nächsten Jahr in noch größerem Ausmaß entstehen werden?
72. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**	Wie werden Wehrdienstverweigerer in der „DDR" behandelt?
73. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Läßt es sich ermöglichen, daß die Bundeswehr in ihre Übungen ebenfalls die für Lastwagen an den Wochenenden bei Ferienbeginn und Ferienschluß bestehenden Verkehrsbeschränkungen einbezieht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

74. Abgeordneter **Kubitza**	Ist die Bundesregierung bereit, die erforderliche Planung der Erziehungspraxis im Rahmen der öffentlichen Jugendhilfe nach wissenschaftlichen Erkenntnissen, wie sie in der Sendung „Monitor" des Zweiten Deutschen Fernsehens vom 25. Juni 1969 angeregt wurde, zu initiieren und zu fördern?
75. Abgeordneter **Kubitza**	Ist der Bundesregierung bekannt, woran es liegt, daß es in der Bundesrepublik Deutschland keine einheitliche Jugendhilfestatistik gibt, was von Vertretern des Diakonischen Werkes in der gleichen Fernsehsendung bemängelt wurde?
76. Abgeordneter **Dröscher**	Hält es die Bundesregierung für richtig, daß Studenten, die während ihres Studiums die Ehe eingehen, sowohl von den Leistungen der Landesversicherungsanstalten, als auch der beamtenrechtlichen Versorgung ausgeschlossen werden, obwohl ihnen im Falle der Nichtverheiratung die Versorgung bis zur Beendigung des normalen Studiums gewährt würde?

77. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Da meine Frage 2 in Drucksache V/4430 in der Antwort der Bundesregierung (Bundestagsprotokoll S. 13 491 B) nicht beantwortet wurde, frage ich die Bundesregierung erneut, warum, d. h. aus welchen Gründen der Bundeskanzler zwar bezüglich der Kriegsopferrenten die zuständigen Bundesminister beauftragt hat, bei der weiteren Finanzplanung einen Vorschlag für eine fühlbare Verbesserung der Kriegsopferleistungen ab 1. Januar 1970 auszuarbeiten, bezüglich der schon drei Jahre länger stagnierenden Kindergeldsätze jedoch trotz klaren einstimmigen Bundestagsbeschlusses auf Anhebung 1970 anstatt 1972 nur eine Prüfung in Aussicht gestellt wird, ob und inwieweit eine Vorziehung der Leistungsverbesserungen beim Kindergeld möglich ist?

78. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Da die Antwort der Bundesregierung auf meine Frage 4 der Drucksache V/4430 (Bundestagsprotokoll S. 13 491 B) nichts über die ausdrücklich von mir gefragten Argumente enthält, frage ich erneut, welche Argumente die Bundesregierung der Behauptung entgegensetzen kann, die von ihr proklamierte gleichmäßige Beteiligung aller Schichten unseres Volkes am wirtschaftlichen Fortschritt werde allein unseren kinderreichen Familien verweigert, weil diese nicht über genügend starke Organisationen verfügen, um wenigstens die Gleichberechtigung der grundgesetzlich unter den besonderen Schutz des Staates gestellten Familien durchzusetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

79. Abgeordneter **Reichmann**

Sind die wissenschaftlichen und praktischen Erfahrungen derart ausgereift, daß das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Möglichkeit, durch Harnstoff in Verbindung mit billigen Kohlenhydratfuttermitteln das pflanzliche Eiweiß zu ersetzen, als einen entscheidenden Faktor in der „Kritik und Alternative zum Mansholtplan" gegenüber den Vorschlägen zur Regelung des Öl- und Fettproblems benutzen kann?

80. Abgeordneter **Biechele**

Erlauben die bisherigen Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchungen der Außenstelle Weißenau des Astronomischen Instituts der Universität Tübingen (Leiter Professor Dr. R. Mühleisen) den Schluß, daß die Hagelabwehr, vor allem zum Schutze der Obstanbaugebiete, erfolgreich mit Raketen betrieben werden kann?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

81. Abgeordneter **Biechele**

Ist die Bundesregierung bereit, diese wissenschaftlichen Untersuchungen zu fördern?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

82. Abgeordneter **Biechele**

Werden in anderen Ländern ebenfalls Versuche zur Hagelabwehr durchgeführt?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

83. Abgeordneter **Müller (Worms)**

Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen, daß bei Ausfuhren von Getreideerzeugnissen geringe Abweichungen von der „Erstattungsverordnung Getreide, Reis, Schweinefleisch, Eier, Geflügelfleisch und Fett" zur Verweigerung der Erstattung und zu langwierigen Prozessen führen, obgleich bei unterschiedlichen Analysenergebnissen mindestens der Erstattungssatz der Erstattungsstufe gewährt werden könnte, den die Verwaltung als erfüllt ansieht und somit lediglich wegen der Differenz zu streiten wäre?

84. Abgeordneter **Müller (Worms)**

Sieht die Bundesregierung ein, daß die großen bis zu 50% betragenden Unterschiede zwischen dem innergemeinschaftlichen und dem Weltmarktpreisniveau für den Exporteur zum wirtschaftlichen Ruin führen können, wenn bei geringfügigen Abweichungen Erstattungen prinzipiell verweigert werden und somit gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstoßen wird?

85. Abgeordneter **Müller (Worms)**

Ist die Bundesregierung bereit, daraufhinzuwirken, daß die Untersuchungen bei Ausfuhren so beschleunigt werden, daß Wartezeiten von 12 und mehr Monaten ausgeschlossen sind und bei amtlicher Musterziehung auch dem Exporteur ein Muster ausgehändigt wird?

86. Abgeordneter **Weigl**

Bis wann dürfte sich eine zu erwartende Entscheidung der EWG-Kommission so auswirken, daß in allen EWG-Ländern die Milch Tbc-frei aus den Kuhställen zur Vermarktung geliefert wird?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

87. Abgeordneter **Flämig**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Mitteilungen des Ministerkomitees an die Beratende Versammlung des Europarates, die von der Beratenden Versammlung in ihrer am 13. Mai 1969 angenommenen Direktive 288 über die interkommunale Zusammenarbeit in Europa als unzureichend bezeichnet werden, in Zukunft substantieller sein sollten?

88. Abgeordneter **Flämig**

Ist der Bundesregierung bekannt, aus welchem Grund die Vorschläge und die Initiativen des Ausschusses für Raumordnungs- und Kommunalfragen der Beratenden Versammlung des Europarates im Ministerkomitee offenbar nicht die erwartete Beachtung gefunden haben?

89. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die langen Wartezeiten bei der Ausstellung von Visen in Prag abzukürzen?

90. Abgeordneter **Dr. Mommer**

Welche Gründe haben den Bundesaußenminister veranlaßt, auf der jüngsten Ministerkonferenz der WEU in Den Haag eine Konferenz der Regierungschefs und Außenminister der sechs Mitgliedstaaten der EWG und Großbritanniens vorzuschlagen, nicht aber auch der drei kleineren Staaten, die ihre Aufnahme in die EWG beantragt haben?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

91. Abgeordneter **Nellen**

Ist die Bundesregierung bereit, den Vorschlag des amerikanischen Senators Edward Kennedy nachdrücklich zu unterstützen und entsprechend zu den Vier-Mächteverhandlungen über den Nahost-Konflikt auf Gespräche der Großmächte zur Verminderung der Feindseligkeiten zwischen Nigeria und Biafra zu dringen?

92. Abgeordneter **Nellen**

Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die nigerianische Regierung zur Annahme der von der biafranischen Seite angebotenen und von den Hilfsorganisationen wie auch den deutschen Abgeordneten des Unterausschusses „Humanitäre Hilfe für Afrika" geforderten Tagesflüge nach Biafra unter internationaler Kontrolle zu bewegen?

93. Abgeordneter **Nellen**

Ist die Bundesregierung gewillt, angesichts der in Biafra als Folge der Unterbrechung der Hilfsmaßnahmen drohenden immensen Hungerkatastrophe der vom Fraktions- bzw. Parteivorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sowie führenden Vertretern des öffentlichen Lebens in einer ähnlichen Situation im August des vorigen Jahres erhobenen Forderung zu folgen, auf die Achtung der Genfer Konvention kompromißlos zu drängen?

94. Abgeordneter **Freiherr von Gemmingen**

Was hat die Bundesregierung unternommen, um durch direkte diplomatische Schritte, wie sie die italienische Regierung durch einen Unterstaatssekretär für ihre Landsleute unternahm, die Freilassung der in Biafra festgehaltenen und verurteilten drei deutschen Techniker zu bewirken?

95. Abgeordneter **Freiherr von Gemmingen**

Warum hat sich die Bundesregierung dem von Frankreich vertretenen Standpunkt nicht angeschlossen, daß das Prinzip auf Selbstbestimmung auf die am nigerianischen-biafranischen Konflikt beteiligten Gruppen anzuwenden ist?

96. Abgeordneter **Freiherr von Gemmingen**

Teilt die Bundesregierung die vom deutschen Botschafter in Lagos geäußerte Auffassung, daß eine schnelle militärische Beendigung des nigerianisch-biafranischen Krieges im Sinne der sogenannten Quick-Kill-Theorie wünschenswert sei?

97. Abgeordneter **Kaffka**

Hat sich die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß sie selbst und die deutsche Öffentlichkeit außergewöhnlich hohe Geldmittel für die Hilfstätigkeit des IRK zur Verfügung gestellt haben, öffentlich und energisch gegen die Behinderung der Hilfsflüge und die Diffamierung der Hilfsorganisationen durch Nigeria zur Wehr gesetzt, zumal sie ausdrücklich erklärt hat, daß sie von der Loyalität der in Nigeria und Biafra mitwirkenden deutschen Organisationen Caritas, Diakonisches Werk und Deutsches Rotes Kreuz überzeugt ist?

98. Abgeordneter **Kaffka**

Glaubt die Bundesregierung, daß es angesichts des in der Bundesrepublik Deutschland weit verbreiteten Engagement für die notleidende Bevölkerung in Biafra tragbar ist, die Hilfsmaßnahmen einseitig nur auf der nigerianischen Seite durchzuführen, wenn weiterhin die Regierung in Lagos durch ihre militärischen Maßnahmen eine lebensrettende humanitäre Hilfstätigkeit selbst primitivster Hungerbekämpfung für Biafra unmöglich macht?

99. Abgeordnete **Frau Griesinger**

Trifft es zu, daß das Auswärtige Amt in den letzten Jahren weniger Frauen im höheren und gehobenen Dienst eingestellt hat, als es der Qualifikation der Bewerberinnen nach den Prüfungsergebnissen entsprochen hätte?

100. Abgeordnete **Frau Griesinger**

Trifft es zu, daß das Auswärtige Amt seinen Beamtinnen, sofern sie heiraten, nahelegt, den Dienst zu quittieren?

101. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung im Haushaltsjahr 1970 zu ergreifen, um die durch die unzureichende Mittelzuweisung im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung notwendig gewordenen Einschränkungen der kulturpolitischen Aktivität der Bundesrepublik Deutschland im Ausland zu kompensieren?

102. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß bei der Höhe des für 1970 vorgesehenen Wirtschaftsplanes der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes bisher gegenüber 1967 eine Kürzung der operativen Mittel um mehr als 30% eintreten wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

103. Abgeordneter **Dr. Hofmann (Mainz)**

Wie gedenkt die Bundesregierung die Bevölkerung vor dem von Tag zu Tag steigenden Kraftfahrzeuglärm (Lastkraftwagen, Personenwagen, Krafträder aller Art) zu schützen, um schwere gesundheitliche Schäden unserer Mitbürger zu vermeiden, insbesondere, wenn man berücksichtigt, daß die Zahl der Kraftfahrzeuge im Bundesgebiet ständig zunimmt?

104. Abgeordneter **Dr. Hofmann (Mainz)**

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um auf dem Gebiete der Abgasentgiftung bei Kraftfahrzeugen endlich Fortschritte zu erzielen?

105. Abgeordneter **Dr. Hofmann (Mainz)**

Sind die entsprechenden technischen Vorrichtungen für die Abgasentgiftung nur deshalb noch nicht von der Industrie eingebaut worden, weil die Kraftfahrzeugindustrie die dadurch entstehenden Kosten scheut?

106. Abgeordneter **Müser**

Stimmt die Bundesregierung mit der Auffassung der nordrhein-westfälischen Landesregierung darin überein, daß auf der Bundesbahnstrecke Düsseldorf Hbf.—Ratingen West—Lintorf—Duisburg-Wedau in naher Zukunft ein S-Bahn-Verkehr eingerichtet werden soll?

107. Abgeordneter **Müser**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Untere Fulda als Schiffahrtsweg heute nahezu bedeutungslos ist, und daß 1967 im Hafen Kassel im Versand und Empfang insgesamt nur 7000 t Güter umgeschlagen wurden?

108. Abgeordneter **Müser**

Würde es die Bundesregierung angesichts der im Verhältnis verschwindend geringen Verkehrsmengen, die auf absehbare Zeit für einen Transport auf der Unteren Fulda in Betracht kommen können, nicht für wirtschaftlicher halten, die abgängigen Anlagen nur noch insoweit zu erneuern, als sie nicht dem Schiffahrtsbetrieb dienen und im übrigen den Status einer Bundeswasserstraße aufzuheben?

109. Abgeordnete **Frau Stommel**

Glaubt die Bundesregierung, daß durch die neue Sonderaktion der Deutschen Bundesbahn „Alles dreht sich ums Wochenend" für kinderreiche Familien tatsächlich die Möglichkeiten, gemeinsame Reisen zu unternehmen, verbessert worden sind, nachdem kinderreiche Familien erfahrungsgemäß kaum in der Lage sein werden, für eine solche gemeinsame Wochenendreise allein 95 DM an Fahrgeld auszugeben?

110. Abgeordnete **Frau Stommel**

Wie steht die Bundesregierung zu der Forderung der Familienverbände, die allgemeine Ermäßigung für kinderreiche Familien günstiger zu gestalten?

111. Abgeordnete **Frau Stommel**

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß durch Ermäßigung für Kinderreiche der Deutschen Bundesbahn kein Defizit entsteht, sondern daß in jedem Falle damit ein neues, bisher zwangsläufig abseits stehendes Reisepublikum gewonnen werden könnte?

112. Abgeordneter **Richter**

Wird der vorgesehene Neubau des Empfangsgebäudes des Bahnhofs in Wertheim (Main) im laufenden Jahr begonnen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

113. Abgeordneter **Dr. Hudak**

Ist die Bundesregierung bereit, die Verordnung zur Erleichterung des Ferienreiseverkehrs auf der Straße im Jahre 1969 dahin gehend zu ändern, daß der Transport von rasch verderblichem Obst (Erdbeeren und Kirschen) aus dem Raume Bamberg, Erlangen und Gräfenberg nach Norddeutschland zugelassen wird?

114. Abgeordneter **Dr. Hudak**

Ist sich die Bundesregierung im Falle der Ablehnung zur Frage 113 bewußt, daß sie dadurch die Existenz zahlreicher kleinerer und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe zerstört, nachdem der Anbau von Erdbeeren und Kirschen im o. a. Gebiet ausdrücklich unter dem Gesichtspunkt der Sicherung landwirtschaftlicher Existenzen auch durch den Staat gefördert worden ist?

115. Abgeordneter **Lemmrich**

Wann werden die koordinierenden Verhandlungen mit den Bundesländern über den Zweiten Ausbauplan für die Bundesfernstraßen endgültig abgeschlossen sein?

116. Abgeordneter **Lemmrich**

Welchen Anteil haben die Bundesländer an der Erarbeitung des Fernstraßennetzes für den Zweiten Ausbauplan?

117. Abgeordneter **Lemmrich**

Wird der Bundesverkehrsminister noch vor dem 28. September 1969 die Grundüberlegungen über das Bundesfernstraßennetz für den Zweiten Ausbauplan der Öffentlichkeit mitteilen?

118. Abgeordneter **Meister**

Beabsichtigt der Bundesverkehrsminister vor Bekanntgabe seiner Grundvorstellungen über den Zweiten Ausbauplan diese Vorstellungen im Bundeskabinett beraten zu lassen?

119. Abgeordneter **Meister**

Wurden die finanzpolitischen Abklärungen für den Zweiten Ausbauplan mit dem Bundesfinanzminister vorgenommen, nachdem der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesverkehrsminister vor dem Verkehrsausschuß am 25. Juni 1969 äußerte, daß „finanzpolitische Entscheidungen von hohem Rang getroffen werden müßten"?

120. Abgeordneter **Meister**

Inwieweit baut der Zweite Ausbauplan auf den Arbeiten des früheren Bundesverkehrsministers Dr. Seebohm auf?

121. Abgeordneter **Zebisch**

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auch Arbeiter- und Schülerzüge mit Milch-, Kaffee- und anderen Getränkeautomaten auszustatten?

122. Abgeordneter **Josten**

Wie weit sind die Pläne für eine am Berghang geführte Umgehungsstraße der B 9 für Bad Breisig gediehen?

123. Abgeordneter **Hanz (Dahlen)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die in den einzelnen Bundesländern verschiedenen Vorschriften über den Umfang der Fahrerlaubnis, speziell die Bestimmungen über die Einschränkung der Erlaubnis auf das Fahren von Wagen mit Schaltautomatik für Prüflinge, die ganz oder teilweise auf solchen geschult worden sind, bereits dazu geführt haben, daß Führerscheinerwerbern, die in einem anderen Bundesland ihre Prüfung erfolgreich und ohne Einschränkung abgelegt hatten, von der heimischen Zulassungsstelle besagte Einschränkung in die Fahrerlaubnis eingetragen wurde?

124. Abgeordneter **Hanz (Dahlen)**

Ist der Bundesregierung weiterhin bekannt, daß ein deutscher Staatsbürger, der in den USA, wo fast nur auf Wagen mit Schaltautomatik geschult und gefahren wird, seinen Führerschein erworben hat, diesen bei einer deutschen Zulassungsstelle ohne die einschränkende Eintragung „Nur für PKW mit Schaltautomatik" umgeschrieben erhält, wenn

er sich mindesten ein Jahr in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten hat, gleichgültig, welchen Wagen er in dieser Zeit gefahren hat?

125. Abgeordneter **Hanz (Dahlen)**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese ungleiche Behandlung zu beseitigen?

Bonn, den 27. Juni 1969